

Rassismus als ständiger Begleiter

Kommentar im Netz gegen Bürgermeisterkandidat Baris Karabacak (CDU) sorgt für Wirbel

Klaus Plath

UETERSEN Ein inzwischen gelöscht Kommentar hat in den sozialen Netzwerken zur Bürgermeisterkandidatur von Baris Karabacak (CDU) in Uetersen für Diskussionen gesorgt. Der Beitrag richtete sich nicht gegen politische Positionen des Kandidaten, sondern gegen seine Herkunft. Karabacak ist deutscher Staatsbürger, hat jedoch türkische Wurzeln.

Solche Aussagen, meint Karabacak, folgen einem bekannten Muster fremdenfeindlicher Rhetorik. Seine politische Teilhabe werde immer wieder an die ethnische Herkunft geknüpft. Es werde dabei infrage gestellt, ob Menschen mit Migrationshintergrund legitim ein öffentliches Amt ausüben könnten. Doch in Deutschland gelte nun einmal: Wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitze und die gesetzlichen Voraussetzungen erfülle, könne für ein Amt kandidieren – unabhängig von familiären Wurzeln.

Karabacak ist mit solchen Anfeindungen nicht zum ersten Mal konfrontiert. In der Vergangenheit hat er mehrfach über diskriminierende Vorfälle berichtet – als Ratsherr in Pinneberg, während seines Bürgermeisterwahlkampfes 2020 gegen Dirk Woschei (SPD) sowie zuletzt in seiner Funktion als Bürgervorsteher in Uetersen. Kritiker werfen ihm bisweilen vor, solche Vorfälle politisch zu instrumentalisieren.

Karabacak benennt Alltagsrassismus als seinen ewigen Begleiter. Ob öffent-



Harun Özınarın ist Präsident des Einwandererbunds. Er warnt davor, Menschen Baris Karabacak (kleines Foto), die sich für ein politisches Amt bewerben, insbesondere in sozialen Netzwerken anzugreifen.

Foto: Claudia Ellersiek/David Breit

lich, im direkten Austausch oder im Netz – gerade dort würden solche Posts eine Eigendynamik erleben. Selbst Social-Media-erfahren, weiß der Kandidat, dass Meinungen im Netz schnell zugespitzt werden und sich verbreiten. Persönliche Angriffe vermischen sich dabei mit inhaltlicher Diskussion.

Er sei ein zugelassener Kandidat und traurig, „dass wir 2026 immer noch über die Herkunft diskutieren müssen“.

Solche Vermischungen hat eigenen Angaben zufolge auch die schleswig-holstei-

nische Sozialministerin Aminata Touré erlebt. Immer wieder. Bereits 2017 stellte Touré, damals einfache Landtagsabgeordnete der Grünen, in einem shz-Interview fest: „Deutschland schneidet in einer aktuellen Erhebung der Vereinten Nationen, die Rassismus insbesondere Schwarzen Menschen gegenüber untersucht, nicht gut ab. Das ist eine Motivation für mich, um an dem Thema zu arbeiten.“

Im Kreis Pinneberg hat das Zentrum für Betroffene rechter Angriffe (Zebra) im

Jahr 2024 die meisten rechten Gewalttaten in Schleswig-Holstein registriert: Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung. Alle waren rassistisch motiviert. Die Zahl der Übergriffe sei in den vergangenen Jahren stark gestiegen, heißt es.

Auf Nachfrage unserer Redaktion hat sich der Einwandererbund mit Sitz in Elmsborn zu Wort gemeldet. Die Organisation, die sich für ein respektvolles und vielfältiges gesellschaftliches Miteinander einsetzt, sieht in solchen Vorfällen ein grundsätzliches Problem für den

politischen Diskurs. Rassistische oder diskriminierende Äußerungen – unabhängig davon, gegen wen sie sich richten – widersprechen den Grundwerten der Gesellschaft und gefährdeten ein konstruktives Zusammenleben, heißt es in der Stellungnahme.

Besonders kritisch bewertet der Einwandererbund Angriffe auf Menschen, die sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren oder für ein öffentliches Amt kandidieren. Kommunalpolitik lebe davon, dass sich Männer und Frauen aus unterschiedlichen Lebensrealitäten einbringen. Wer sich für seine Stadt oder Gemeinde engagiere, verdiene Respekt. Zugleich verweist der Verband darauf, dass gerade in sozialen Netzwerken immer wieder Grenzen überschritten würden. Diskriminierende Kommentare und persönliche Angriffe könnten dazu führen, dass sich engagierte Menschen aus politischer oder gesellschaftlicher Arbeit zurückziehen – ein Verlust für die demokratische Kultur.

Der Einwandererbund spricht sich daher für eine offene und respektvolle Debatte aus und ermutigt Menschen mit Einwanderungsgeschichte ausdrücklich, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren. Gleichzeitig appelliert die Organisation an alle Beteiligten im öffentlichen Diskurs, Diskussionen sachlich zu führen und die Würde jedes Menschen zu achten. Rassismus und Ausgrenzung dürften in der Gesellschaft keinen Platz haben.